

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Beilage „Der Landwirt in Nassau“

Erscheint 2 mal wöchentlich, aus Montag früh. — Bezugspreis: Abnehmer monatlich 1.50 M., vierteljährlich 4.50 M., durch Träger und andere Verkäufe monatlich 1.50 M., vierteljährlich 4.50 M., durch die Post bezogen monatlich 1.50 M., vierteljährlich 4.50 M., ohne Bestellgeld. Einzelnummer 10 Pf.

Amtesliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Nikolaplatz 11. Fernruf Nr. 2015, 2016, 2017. — Anzeigenpreis: In Wiesbaden und Provinz Hessen-Nassau 15 Pf., Rheinlande 1.—M.; außerhalb 20 Pf., Rheinland-Pfalz 1.50 M., Zeitungspreise u. Abzahl laut Tarif. Sonderbeilagen 5 M. pro 1000.

Nummer 595

Freitag, 22. November 1918.

72. Jahrgang.

Unbeachtetes Friedensangebot.

Amliche Klarstellung dringend erforderlich.

München, 22. Nov. (Eig. Tel.)

Der bayerische Finanzminister Dr. Hoffmann erludt das „Berl. Tagebl.“ die folgende, für die Vorgeschichte des Friedens höchst bemerkenswerte Erklärung zu veröffentlichen:

Um keine Verdunkelung der Tatsachen eintreten zu lassen, erkläre ich hierdurch, daß ich persönlich im Spätherbst 1917 ein mir von einem Genfer Vertrauensmann des Präsidenten Wilson übergebenes Friedensangebot der Regierung der Vereinigten Staaten in die Hände des Unterstaatssekretärs v. d. Busche weitergeleitet habe. Dieser hatte sich damals mir gegenüber verpflichtet, das Angebot dem Staatssekretär von Bülow zu übergeben. Einige Wochen später ist ein entsprechendes Friedensangebot der Vereinigten Staaten an Oesterreich-Ungarn in die Hände des Grafen Czernin gelangt. Auf beide Angebote ist trotz mehrfacher Anfragen der mit der Uebermittlung betrauten Personen weder von Deutschland, noch von Oesterreich-Ungarn eine Antwort erfolgt.

gez. Professor Dr. Edgar Jaffe,
Finanzminister des bayerischen Volksstaates.

Bei den fortgesetzten Behauptungen, daß an Deutschland rechtzeitig Friedensangebote gestellt seien, die es nicht beachtet habe, ist eine amtliche Klarstellung dringend geboten.

Warum die Gegner keine Milderung gewähren.

S. Basel, 22. Nov. (Eig. Tel.)

„Daily Mail“ meldet aus Paris: Eine Milderung der Waffenstillstandsbedingungen ist nach Lage der Dinge ausgeschlossen. Deutschland hat es in der Nacht, alle Bedingungen annehmen, wenn es die einzigen Vorbedingungen für einen sofortigen Frieden akzeptiert. Diese einzige Möglichkeit liegt in einer rechtmäßigen deutschen Regierung, die vom ganzen Volk gewählt ist. So lange sich die feindlichen Mächte nicht zu diesem Schritt entschließen, haben sie keine Aussicht auf Milderungen von Seiten der Alliierten.

Gegen den Bolschewismus.

S. Genf, 22. Nov. (Eig. Tel.)

Der „Temps“ meldet aus Tokio die Mobilisierung von weiteren fünf Jahrgängen für die Expedition gegen Rußland.

Nach einer Meldung des „Matin“ sind französische Truppen nach der Murmanlinie abgegangen, um an dem bevorstehenden allgemeinen Einmarsch in Rußland zur Niederwerfung des Bolschewismus teilzunehmen.

London, 21. Nov. (Wolff-Tele.)

Englischer Bericht aus Nordrußland vom 20. November. An der Dwina wurden wir durch Bolschewiken nach einer Beschlebung mit Kanonen, die auf Munitionsschiffen aufgeschichtet waren, heftig angegriffen. Der Feind erlitt unsere Stellung von vorn und in der Flanke an und drang zeitweise in die Türme des Hinterlandes und in unsere Artilleriestellungen ein. Ein durch amerikanische und englische Infanterie unterstützter Gegenangriff trieb ihn unter sehr schweren Verlusten zurück. Die gute Arbeit der kanadischen Feldartillerie, die ihre Geschütze in Taktik setzten, obgleich der Feind an die Flammen nicht heran kam, leidet bei dieser Niederlage des Feindes weitestgehende Danks. Der Angriff wurde am folgenden Tag wiederholt, doch ebenfalls unter schweren Verlusten abgeschlagen.

Eine neue Bewegung in Hamburg?

Hamburg, 22. Nov. (Z. M. Tel.)

Gestern abend herrschte große Aufrüstung in Hamburg. Die Straßen nach dem Stadthaus waren militärisch gesichert und verdunkelt. Am Stadthaus trafen zahlreiche Automobile mit Maschinengewehren und Munition ein. Es verlautet, daß eine starke bewaffnete Macht die Regierung kürzen will, um den gemäßigten Elementen die Herrschaft zu verschaffen.

Absendung deutscher Truppen nach Polen.

Berlin, 22. Nov. (Z. M. Tel.)

Die der „Kölnischer“ hört, sind der Stab, das Rekrutendepot der 2. Gardedivision, sowie zwei Pionierkompanien nunmehr nach Polen abmarschieren.

Abdankung der Großherzogin von Luxemburg verlangt.

Bern, 22. Nov. (Wolff-Tele.)

Die luxemburgische Kolonie in Paris hat sich, laut „Temps“, in einer am 19. Nov. abgehaltenen Sitzung sehr hart gegen die Großherzogin ausgesprochen. Sie habe die Neutralität nicht gewahrt, sich vielmehr nach den Wünschen der deutschen Regierung gerichtet und habe sich somit vom feindlichen Standpunkt aus selbst abgesetzt. Es wurde in der Sitzung einstimmig die Abdankung der Großherzogin verlangt.

Das Los der gefangenen Deutschen.

Berlin, 22. Nov. (Wolff-Tele.)

In weiten Volkskreisen werden Gerüchte verbreitet, wonach deutsche Kriegsgefangene zum Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten Gebiete Belgiens und Frankreichs verwendet werden sollen. Diese Gerüchte stützen sich auf den Umstand, daß Deutschland bereits bei Abschluß des Waffenstillstandes die feindlichen Kriegsgefangenen zurückgegeben habe, seine eigenen aber nicht erhielt. Alle diese und ähnliche Meldungen sind vollkommen unbegründet. Die deutsche Waffenstillstandskommission hat vielmehr vor Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens gegenüber den ursprünglichen Vorschlägen Vorschläge zu Gunsten unserer Kriegsgefangenen folgendes erreicht:

1. die Heimbeförderung der deutschen Kriegsgefangenen, die in Holland und der Schweiz interniert sind, wird wie bisher weiter fortgesetzt.
2. Alle angestellten der Kriegsgefangenen während der Dauer des Krieges geschlossenen Verträge bezüglich Behandlung, Beförderung und Beschäftigung der Kriegsgefangenen, Sonntagruhe usw. bleiben für die deutschen Kriegsgefangenen unverändert in Kraft.
3. Die Zurückführung der deutschen Kriegsgefangenen in die Heimat wird bei Abschluß des Präliminarfriedens geregelt.

Deutsche Waffenstillstandskommission:
Staatssekretär Gräberger, Vorsitzender.

Die Uebergabe der deutschen Flotte.

London, 21. Nov. (Wolff-Tele.)

Reuter meldet: Die deutschen Schlachtschiffe, die heute übergeben wurden, beinhalten aus neun Schlachtschiffen, fünf Schlachtkreuzern, sieben leichten Kreuzern und 34 U-Booten. In der vereinbarten Zahl sollte somit ein Schlachtschiff, ein Schlachtkreuzer und ein leichter Kreuzer. Es wurde indes erklärt, daß diese Schiffe später übergeben würden. Ein leichter Kreuzer ließ auf der Fahrt über die Nordsee auf eine Mine und sank. Die große Flotte geleitete die deutschen Schiffe bis zur Mündung des Firth of Forth, wo sie nachts übergeben wurden, um dann nach Scapa weiterzufahren. Der Ginnardampfer „Campania“ ist kürzlich bei einem Sturm im Firth of Forth gesunken, wo er als Seefluggeschwader-Mutter-schiff diente.

Berlin, 21. Nov. (Wolff-Tele.)

Wie wir von zuständigen Stellen erfahren, ist am Mittwoch auch die dritte U-Bootflotte, bestehend aus 21 U-Booten, aus Helgoland zur Uebergabe angelaufen. Die vierte Staffel wird am 22. November mit dem Besatzungsschiff „Alexandra Koenig“ folgen. Die Boote wurden mit Proviant für die Ueberführungsmannschaften auf einige Zeit ausgerüstet. Admiral Renner wurde außerdem qualifiziert, daß darüber hinaus von den deutschen Wachmannschaften der Proviant in den Ankerungsplätzen ergänzt werden könnte.

London, 21. Nov. (Wolff-Tele.)

Reuter meldet amtlich: Der Oberbefehlshaber der großen Flotte traf mit dem ersten und Hauptteil der deutschen Hochseeflotte zusammen, die heute 10 Uhr 30 Min. zur Internierung übergeben wurde. Weiter 10 deutsche Unterseeboote wurden heute in Harwich abgeliefert. Das 20. Unterseeboot, das zur heutigen Staffeln gehörte, erlitt bei der Ueberfahrt Davaire.

Besetzung von Swinemünde?

Swinemünde, 22. Nov. (Eig. Tel.)

Die hiesige Kommandantur und der Soldatenrat erlassen einen Aufruf an die Bevölkerung, in dem es u. a. heißt: Es muß darauf hingewiesen werden, daß es nicht ausgeschlossen erscheint, daß englische Seestreitkräfte vor wichtigen Stützpunkten an der deutschen Küste erscheinen und eventuell auch Besatzungsmannschaften in denselben landen werden, um unsere Demobilisation zu kontrollieren. Swinemünde als Hafenslotz für Berlin kommt unter Umständen hierfür auch in Frage. Wenn die Swinemünder sich besonnen benehmen, so liegt in diesem fremden Besatz jedenfalls kein Grund zur Beunruhigung vor.

Die Opfer der Zeppelinangriffe in England.

London, 21. Nov. (Wolff-Tele.)

Ein amtlicher Bericht besagt: Bei den feindlichen Luftangriffen und Beschädigungen wurden in England 498 Personen getötet und 1014 verwundet. Die Reparaturkosten für angeschädigten Privatgüter werden auf 670 773 Pfund Sterling geschätzt.

Kämpfe beim Rückzug aus Polen.

Ueber eine Woffenzahl der deutschen Garnison in Lodz berichtet der „Berliner Volkszeitung“: Siebzehnhundert deutsche Soldaten aller Stämme haben sich aus Lodz zu Fuß mit den Waffen nach Deutschland durchgeschlagen. Aus Lodz trafen gestern die Vorhände ihres Soldatenrats in Berlin ein und gaben an: Generalgouverneur v. Beseler verließ mit den meisten Offizieren die Truppen bei Nacht und Nebel. Die deutsch-polnischen Offiziere gingen zu den Polen über. Wo sich deutsche Truppen etwas zurückziehen ließen, wurden sie naher bis auf's Hemd ausgeraubt. Die Truppen aus Lodz und Babianice marschierten mit Gepäck und Waffen

ab als fechtende Truppe mit Sicherungen wie in Feindesland unter dem Befehl ihres Soldatenrats. Bei Sieradz erlitten sie sich den Vortheilübergang im Handgemachtenkampf gegen polnische Legionäre. Vergeblich versuchten Offiziere vom Landsturmabteilung, sie an der deutsch-polnischen Grenze zur Auslieferung ihrer Waffen an die Polen zu bestimmen. Sie hörten so wenig auf sie wie auf die Soldatenräte an der Grenze, die im Bunde mit den Polen stehen. — Diese heimgekehrten deutschen Soldaten sind der Ueberzeugung, daß durch Feindschaft und Verrat ungeheure Vorräte an Waffen und Lebensmitteln dem deutschen Volk verloren gehen.

Wie der „Berliner Volkszeitung“ hört, sind zum Schutze des Oden Truppen des Rekrutendepots der 2. Gardedivision sowie zwei Pionierkompanien nunmehr nach Polen abmarschieren.

Berlin, 22. Nov. (Eig. Tel.)

Wie die „Täg. Rundsch.“ aus zuverlässiger Quelle erzählt, haben die Polen nicht weniger als 5000 Lokomotiven und 10 000 Eisenbahnwagen zurückgehalten; außerdem wurden die Weider sämtlicher Eisenbahnlinien beschlagnahmt. Der Verlust, den wir dadurch erleiden, wird auf über eine Milliarde geschätzt. Dazu kommt noch das riesige Material in den Werkstätten usw., das auch nicht mehr zurückgeholt werden konnte.

Der Umsturz in der Türkei.

Tewfik Pascha Großwesir.

S. Haag, 22. Nov. (Z. M. Tel.)

Aus London wird gemeldet: Tewfik Pascha, der frühere türkische Gesandte in London, wurde zum Großwesir ernannt und hat ein ententefreundliches Kabinett gebildet. Enver und Talaat haben in der vorigen Woche Konstantinopel an Bord eines deutschen Torpedoboots verlassen.

Das neue Programm des Zentrums.

Berlin, 21. Nov. (Wolff-Tele.)

Die in Berlin anwesenden Mitglieder der Zentrumsfraktion des deutschen Reichstags und der beiden Häuser des preussischen Landtags erließen der „Germania“ zufolge einen Aufruf, in dem es heißt: Ein neues Zentrum muß und wird entstehen im Wandel dieser Tage. Rückhaltloses Bekenntnis zum demokratischen Volkssinn, Bekämpfung jedweder Klassenherrschaft, Ordnung in Freiheit, offene Abgabe und Pflege der idealen Werte, die Volk und Staat erst gesund machen sind die fundamentalen Grundzüge seiner Erneuerung als wirklich-demokratische Volkspartei. Mehrere Leitfäden fordern: Baldigen Abschluß eines Weltfriedens der Verständigung, allgemeine Abrüstung, vollkommene Unabhängigkeit des Heiligen Stuhles, wirtschaftliche Gleichberechtigung für alle Völker, Freiheit der Meere, internationale Regelung der Arbeiter- und Angehörigenfragen, Schaffung eines den deutschen Bedürfnissen genügenden Kolonialgebietes. Auf dem Gebiet der inneren Politik wird u. a. gefordert: Schnellige Endernung der Nationalversammlung, Vereinigung der deutschen Stämme in einem Volk Reich unter Führung der Eigenart der deutschen Stämme, gleiches Wahlrecht mit der Bevölkerung, Frauenwahlrecht in Reich, Bundesstaaten und Gemeinden, eine Volkregierung mit starker Vollzugs Gewalt an der Spitze im Reich und in den Bundesstaaten, Schaffung einer Verfassung durch Nationalversammlung und Presse, Versammlung- und Vereinsfreiheit, Verzicht der Wirtschaft- und Sozialpolitik wird verlangt: Grundständige Erhaltung des Privateigentums auch an Produktionsmitteln, Erlass privatrechtlicher Monopole durch eine gemeinwirtschaftliche Ordnung, Schaffung und Erhaltung eines kräftigen Bauernhandels, Fortführung der Sozialpolitik, innere Kolonisation, Wohnungs- und Siedlungsreform, gerechte Verteilung der Steuerlasten, gewissenhafte Fürsorge für die Kriegsveteranen und Kriegshinterbliebenen. Schließlich werden kulturpolitische Forderungen aufgestellt.

Nationalliberale Versammlung.

In der „Baribara“ fand gestern Abend eine vom Vorstande der Nationalliberalen Partei einberufene Versammlung von Parteimitgliedern und Freunden der Partei statt, in der die Ereignisse der letzten Zeit, der militärische Zusammenbruch, der Sturz des monarchischen Systems und die Errichtung der Republik, besprochen wurden. Der große Saal mit seinen Galerien war gefüllt von Besuchern, unter denen sich zahlreiche Frauen befanden. Außer ergriff das Wort der Vorsitzende des Nationalliberalen Wahlvereins Wiesbaden,

Justizrat Seibert:

Die eisernen Wärfel sind gefallen. Geschwächt von Hunger und Mangel jeder Art erdrückt von unermeßlicher Uebermacht zahlreicher Feinde, verlassen von seinen Bundesgenossen, ist Deutschland nach übermenschlichem Ringen endlich zusammengebrochen und sieht jetzt mehr als den Wächter vor sich. Aber solange noch ein Menschenberg auf dieser Erde für Großes und Hohes schlägt, wird man von Deutsch-

lands Todeskampf sitzen und sagen und diesmal wird der Siegeskrans dem Unterlegenen gehören.

Dem ähneren Zusammenbruch ist der innere gefolgt. Gestürzt sind alle deutschen Throne — die neuen Republiken in der Hand einer rein sozialistischen Regierung.

Deshalb heißt es jetzt gleich weiterarbeiten an dem Aufbau des neuen Reichs, damit in dem neu zu errichtenden Haus auch für uns Licht und Luft geschossen werde.

Die Wahlen zu dieser letzteren vorbereiten, muß jetzt unsere nächste Sorge sein. Hierbei würden, so dachten wir, alle bürgerlichen Parteien zusammenkommen, um gegen die sozialdemokratische Springschütze gemeinsam zu stehen.

Der Arbeiter- und Soldatenrat, der Regierungspräsident, der Magistrat und der Polizeipräsident der Stadt Wiesbaden bitten die Waffenstillstandskommission, bei den allierten Mächten dahin wirken zu wollen, daß die Stadt Wiesbaden als der größte Badeort Deutschlands, der schon während des Friedens Tausenden Heilung und Erholung gebracht hat, von einer Besetzung durch Besatzungstruppen der alliierten Mächte freigegeben wird.

Wenn wir uns nun fragen, welche Stellung wir hier in Wiesbaden zu diesen Vorgängen einnehmen sollen, so muß die Antwort, glaube ich, dahin lauten: Wer soweit links steht, daß das Programm der Deutschen demokratischen Partei seiner politischen Überzeugung entspricht, der muß sich dieser Partei zuwenden.

Der Arbeiter- und Soldatenrat, der Regierungspräsident, der Magistrat und der Polizeipräsident der Stadt Wiesbaden bitten die Waffenstillstandskommission, bei den allierten Mächten dahin wirken zu wollen, daß die Stadt Wiesbaden als der größte Badeort Deutschlands, der schon während des Friedens Tausenden Heilung und Erholung gebracht hat, von einer Besetzung durch Besatzungstruppen der alliierten Mächte freigegeben wird.

Der Arbeiter- und Soldatenrat, der Regierungspräsident, der Magistrat und der Polizeipräsident der Stadt Wiesbaden bitten die Waffenstillstandskommission, bei den allierten Mächten dahin wirken zu wollen, daß die Stadt Wiesbaden als der größte Badeort Deutschlands, der schon während des Friedens Tausenden Heilung und Erholung gebracht hat, von einer Besetzung durch Besatzungstruppen der alliierten Mächte freigegeben wird.

Der Arbeiter- und Soldatenrat, der Regierungspräsident, der Magistrat und der Polizeipräsident der Stadt Wiesbaden bitten die Waffenstillstandskommission, bei den allierten Mächten dahin wirken zu wollen, daß die Stadt Wiesbaden als der größte Badeort Deutschlands, der schon während des Friedens Tausenden Heilung und Erholung gebracht hat, von einer Besetzung durch Besatzungstruppen der alliierten Mächte freigegeben wird.

Nach meiner Auffassung könnten die Dinge sehr leicht eine ganz andere Entwicklung annehmen, als die Deutsche demokratische Partei heute glaubt; denn es scheint mir mindestens zweifelhaft, ob die überwiegende Mehrheit des Bürgertums in einer Partei, die sich bereits soweit radikalisiert hat, einen genügend sicheren Schutz gegen das Ueberhandnehmen der Sozialdemokratie zu erblicken vermag.

Nachdem der starke Beifall, der diesen Ausführungen folgte, verflungen war, ergriff Geh. Studienrat Maurer das Wort. Des leidigen Papiermangels wegen können wir den Bericht über die Versammlung nicht zusammenhängend geben, sondern müssen ihn in mehrere Abteilungen zerlegen.

Die Versammlung stellt sich auf den Boden der durch die Tatsachen geschaffenen republikanischen Staatsform. Die Versammlung fordert ungezügelt Einberufung der Nationalversammlung.

Stadtnachrichten.

Die Besetzung der Stadt Wiesbaden und die Bildung einer Volkswehr bildete den Gegenstand einer Besprechung, die gestern nachmittags im Schloß stattfand und an der außer dem Arbeiter- und Soldatenrat die Vertreter der bürgerlichen und städtischen Behörden, sowie der verschiedenen bürgerlichen politischen Parteien teilnahmen.

Der Arbeiter- und Soldatenrat, der Regierungspräsident, der Magistrat und der Polizeipräsident der Stadt Wiesbaden bitten die Waffenstillstandskommission, bei den allierten Mächten dahin wirken zu wollen, daß die Stadt Wiesbaden als der größte Badeort Deutschlands, der schon während des Friedens Tausenden Heilung und Erholung gebracht hat, von einer Besetzung durch Besatzungstruppen der alliierten Mächte freigegeben wird.

Der Arbeiter- und Soldatenrat, der Regierungspräsident, der Magistrat und der Polizeipräsident der Stadt Wiesbaden bitten die Waffenstillstandskommission, bei den allierten Mächten dahin wirken zu wollen, daß die Stadt Wiesbaden als der größte Badeort Deutschlands, der schon während des Friedens Tausenden Heilung und Erholung gebracht hat, von einer Besetzung durch Besatzungstruppen der alliierten Mächte freigegeben wird.

Der Arbeiter- und Soldatenrat, der Regierungspräsident, der Magistrat und der Polizeipräsident der Stadt Wiesbaden bitten die Waffenstillstandskommission, bei den allierten Mächten dahin wirken zu wollen, daß die Stadt Wiesbaden als der größte Badeort Deutschlands, der schon während des Friedens Tausenden Heilung und Erholung gebracht hat, von einer Besetzung durch Besatzungstruppen der alliierten Mächte freigegeben wird.

Der Arbeiter- und Soldatenrat, der Regierungspräsident, der Magistrat und der Polizeipräsident der Stadt Wiesbaden bitten die Waffenstillstandskommission, bei den allierten Mächten dahin wirken zu wollen, daß die Stadt Wiesbaden als der größte Badeort Deutschlands, der schon während des Friedens Tausenden Heilung und Erholung gebracht hat, von einer Besetzung durch Besatzungstruppen der alliierten Mächte freigegeben wird.

Der Arbeiter- und Soldatenrat, der Regierungspräsident, der Magistrat und der Polizeipräsident der Stadt Wiesbaden bitten die Waffenstillstandskommission, bei den allierten Mächten dahin wirken zu wollen, daß die Stadt Wiesbaden als der größte Badeort Deutschlands, der schon während des Friedens Tausenden Heilung und Erholung gebracht hat, von einer Besetzung durch Besatzungstruppen der alliierten Mächte freigegeben wird.

Der Arbeiter- und Soldatenrat, der Regierungspräsident, der Magistrat und der Polizeipräsident der Stadt Wiesbaden bitten die Waffenstillstandskommission, bei den allierten Mächten dahin wirken zu wollen, daß die Stadt Wiesbaden als der größte Badeort Deutschlands, der schon während des Friedens Tausenden Heilung und Erholung gebracht hat, von einer Besetzung durch Besatzungstruppen der alliierten Mächte freigegeben wird.

Der Arbeiter- und Soldatenrat, der Regierungspräsident, der Magistrat und der Polizeipräsident der Stadt Wiesbaden bitten die Waffenstillstandskommission, bei den allierten Mächten dahin wirken zu wollen, daß die Stadt Wiesbaden als der größte Badeort Deutschlands, der schon während des Friedens Tausenden Heilung und Erholung gebracht hat, von einer Besetzung durch Besatzungstruppen der alliierten Mächte freigegeben wird.

169 416 172 391 182 304 187 185 189 042 194 508 196 011 197 409

Donnerstag Nachmittags. 200 000 M. auf Nr. 180 064. 10 000 M. auf Nr. 139 068 144 706.

Die vollständige Gewinnliste kann in unserer Hauptausgabestelle, Nikolastraße 11, und bei unseren Filialen, Mauritiusstr. 14, Schulgasse 2, Oranien-Gde Herderstraße, Bismarckring 23 und Weißbergstr. 1, eingesehen werden.

Schriftleitung: Bernhard Grothaus. Verantwortlich für deutsche und auswärtige Post: B. Grothaus; für Kunst, Wissenschaft, Unterhaltungs- und volkswirtschaftlichen Teil: H. C. Eisenberger; für Stadt- und Landnachrichten, Gericht und Sport: L. S. Hans Dänker; für die Anzeigen: Joh. Bahler; sämtlich in Wiesbaden.

Wetterbericht der Wetterdienststelle Weilburg. Voraussichtliche Witterung für Samstag, 23. November: Zunächst noch Fortdauer der herrschenden Witterung. Wasserstand: Taub — Weilburg 1,26 Meter.

Elektr. Installat.-Material. Flack, Luisenstr. 44 neben Residenz-Theater. 1914

1 Waggon Weißkraut, 1 Waggon Rotkraut, 1 Waggon Möhren bei Knapp, Friedrichstraße 8.

Erhöhung der Preise für Lieferung elektrischer Arbeit und für Anbringen von Zählern und Sicherungen.

Belannungsmadonna. Am Sonntag, den 24. d. Mts. (Totenfest) dürfen Gebilfen, Beklindne und Arbeiter im Handel mit Blumen und Kränzen (außer in der nach dem Ortstatut zulässigen dreitägigen Verkaufszeit) von 1 bis 6 Uhr nachmittags beschlagnahmt werden.

Belannungsmadonna. Die Einkellerungs-Kartoffeln von 3 Zentner für jede Person sollten bestimmungsgemäß reichlich für die Zeit vom 3. November 1918 bis 20. Juli 1919.

Belannungsmadonna. Ein Teil der Einwohner hat nun Kartoffeln erhalten bis 27. November 1918, also für 24 Tage über den Beginn der Einkellerungsfrist hinaus.

Belannungsmadonna. Freitag, den 22. November für die Brotkarten-Nr. 901 bis 1000 von 8 bis 9 Uhr vormittags.

Preuß.-Südd. Klassen-Lotterie. Donnerstag Vormittags. 10 000 M. auf Nr. 00 945.